

ippnw 2023

jahresbericht der internationalen ärzt*innen für die verhütung des atomkrieges – ärzt*innen in sozialer verantwortung



Ärztinnen & Ärzte fordern:

**Ceasefire now –
Stoppt die Gewalt!**



www.ippnw.de

Zion Sharabi
Arzt

Aya Owni Abu Zaid
Krankenplegerin

Asmaa Abu Salah
Apothekerin

Daniel Levi
Arzt

Shahrazad Al-Akhras
Physiotherapeutin

Avia Hetzroni
Arzt

Mohammed Elomour
Rettungssanitäter

Sereen Al-Attar
Ärztin

Osama Abu Safia
Rettungssanitäter

Hatem Awad
Arzt

Ceasefire now!

SCHWERPUNKTE 2023

Frieden: Waffenstillstand für die Ukraine	5
Atomenergie: Angriffe auf Atomanlagen müssen verboten werden	6
Soziale Verantwortung: Meldestelle für Abschiebungen aus dem Krankenhaus	9
Internationales	12
Verein	13
Studierende: Aktivismus, Input und Kreativität	14

ZAHLEN & FAKTEN

Die IPPNW in Zahlen	15
Bilanz	16
Mitgliederentwicklung	16
Überblick	18

SONSTIGES

Impressum	13
IPPNW-Regional- und Studierendengruppen	19
Kontakt	20

Das Jahr 2023 brachte neue Herausforderungen mit sich, aber auch Impulse für unsere friedenspolitisch ausgerichtete Arbeit. Mit der Gewaltspirale im Nahen Osten seit dem 7. Oktober 2023 sind der Krieg und die Verletzung des humanitären Völkerrechts noch mehr erschütternder Teil unserer Realität geworden. Die Zahlen ziviler Opfer in Gaza in so kurzer Zeit sowie die humanitäre Katastrophe übersteigen das Maß des Vorstellbaren. Die deutsche IPPNW unterhält langjährig vielfältige Kontakte in die Region Israel und Palästina. Viele von uns schmerzt der Konflikt auch aufgrund persönlicher Israel-Palästina-Erfahrungen so besonders. Die innerstaatliche Vertreibung, die Flucht, die Zerstörung, der Hunger und das Sterben sind eine Tragödie. Diese aber ist menschengemacht und Menschen können sie aufhalten – dies gilt in Gaza, und auch anderswo! Deshalb stellt die IPPNW die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine und in Israel-Palästina in den Fokus.

Zugleich wollen wir ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Rolle deutsche Außenpolitik trägt, nicht zuletzt durch die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete. Wir fordern immer wieder diplomatische Initiativen ein und, dass sich die Bundesregierung in internationalen Gremien für die Stärkung der Prinzipien des humanitären Völkerrechts einsetzt. In diesem Sinne mahnten wir 2023 auch die Verantwortung unserer Repräsentant*innen im Bundestag an, sich gegen die militärische Aufrüstung zu wehren – vom Kauf atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge aus den USA, über das 100-Milliarden-Euro Sondervermögen bis hin zur Entwicklung des neuen EU-Cyberkampfs.

Viel Kraft schöpften wir aus dem gemeinsamen Engagement für den Frieden: Bildungsarbeit, eigenen Publikationen, wie dem IPPNW-Waffenstillstandspapier für Frieden in der Ukraine, der Webinar-Reihe zum Israel-Gaza-Krieg, und dem gemeinsamen Protest auf der Straße. Wir arbeiten im Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ und der „Object War Campaign“ für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, der Ukraine und Belarus. Krieg und Gewalt gehen einher mit Traumatisierungen, Zerstörungen der zivilen Infrastruktur und Menschenrechtsverletzungen. Deshalb gilt: Stoppt das Töten – Ceasefire now.

Dr. Angelika Claußen und Dr. Lars Pohlmeier



Peace Academy:
Climate (vs.) Crisis?

Januar Anlässlich der Ramstein-Konferenz fordert die IPPNW in Briefen an den Bundeskanzler, den Verteidigungsminister, die Außenministerin und die Fraktions- und Parteispitze der SPD einen **sofortigen Waffenstillstand** in der Ukraine.

Februar Vom 17.-19. Februar 2023 findet die **Internationale Münchner Friedenskonferenz** statt, als Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz. Für die IPPNW nimmt der IPPNW-Vorsitzende Dr. Lars Pohlmeier teil.

In einem internationalen Appell **warn**t die IPPNW, dass die Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches durch den **Ukrainekrieg** täglich steigt. Es sei zwingend notwendig, dass die Atomwaffenstaaten offiziell auf einen Atomwaffeneinsatz verzichteten.

Zum fünften Mal findet vom 24.-26. Februar 2023 die **IPPNW Peace Academy in Berlin** statt. 25 Studierende tauschen sich ein Wochenende unter dem Titel „Climate (vs.) Crisis?“ über Klimagerechtigkeit und Frieden aus.

März Die IPPNW begrüßt die Kritik der Bundesregierung an dem Beschluss des israelischen Parlaments zur Besiedlung des Westjordanlands. In einem Brief appelliert die Ärzt*innenorganisation an Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock, die israelische Regierung zur Einstellung der Siedlungsaktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten aufzufordern.

April Zu den **Ostermärschen** ruft die IPPNW unter dem Motto „**Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine**“ auf. Viele IPPNW-Regionalgruppen und Mitglieder beteiligen sich.

Die IPPNW verurteilt den **Beschluss der britischen Regierung, panzerbrechende Uranmunition** an die Ukraine zu liefern. Durch ihren Einsatz würden anhaltende Umwelt- und Gesundheitsschäden entstehen.

Mai Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen referiert bei einer öffentlichen Anhörung im Bundestag am 8. Mai 2023 zum Thema „**Die Zukunft der globalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur**“.

Anlässlich des **G7-Gipfels in Hiroshima** richtet die IPPNW zusammen mit 22 weiteren Friedensorganisationen einen Offenen Brief an Bundeskanzler Scholz und fordert, den Gipfel zum Startpunkt neuer nuklearer Abrüstungsverhandlungen zu machen.

Juli Vom 4.-9. Juli findet das **IPPNW- und ICAN-Zukunftscamp für atomare Abrüstung und Klimaaktion** in Düren bei Nörvenich statt. Sechs Tage lang protestieren über 100 Menschen gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland. Sie fordern den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag und die verpflichtende Einbeziehung der CO₂-Emissionen von Militär und Rüstungsindustrie in die UN-Klimaberichte.

August Anlässlich der **Jahrestage des Abwurfs der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki** fordert die IPPNW die Bundesregierung dazu auf, dem UN-Atomwaffenverbotvertrag beizutreten, Entschädigungszahlungen an die Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen zu leisten sowie den Austritt Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe der NATO umzusetzen.



Ostermärsche:
Für Frieden und Abrüstung



Hiroshima- und Nagasaki:
Bundesweites Gedenken



Für atomare Abrüstung:
Zukunftscamp in Düren



Nuclear Survivors:
Aufklärung zu Folgen von Atomtests



Ceasefire Now:
Protest gegen den Krieg in Nahost



Übergabe ans Auswärtige Amt:
Unterschriften gegen Atomwaffen



Klimakonferenz in Dubai:
Die IPPNW auf der COP28

August Der IPPNW-Report **„Die katastrophalen Folgen der Atomtests – Auswirkungen auf Mensch und Umwelt“** erscheint. Die Publikation informiert über die Auswirkungen von Atomwaffentests auf die Gesundheit der lokalen Bevölkerung. Die englische Version findet bei den internationalen Teilnehmenden der Zweiten Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags viel Anerkennung. Zudem geht die neue Webseite survivors.ippnw.de online.

In einer gemeinsamen **Stellungnahme** appellieren IPPNW und IALANA an die Bundesregierung, sich gegenüber der US-Regierung **gegen eine Auslieferung von Julian Assange** auszusprechen.

September An den **Veranstaltungen zum Antikriegstag** beteiligen sich mehrere Mitglieder und Regionalgruppen. Unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ finden zum Internationalen Friedenstag in zahlreichen Städten Friedensaktionen statt. Von der Bundesregierung fordern die Friedensdemonstrant*innen diplomatische Initiativen für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen und ein Ende der Kriegshandlungen.

ICAN Deutschland und deren Kooperationspartner veranstalten die **Aktionswoche „Jetzt erst recht!“**. Politische Entscheidungsträger*innen werden aufgefordert, sich aktiv für Deutschlands Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag einzusetzen.

Oktober Seit den Hamas-Angriffen auf Israel vom 7. Oktober 2023 und dem Krieg Israels gegen Gaza erleben wir eine sich bedrohlich zuspitzende Gewalteskalation, eine eklatante Verletzung von Völkerrecht sowie eine beispiellose humanitäre Katastrophe im Gazastreifen. Die IPPNW veröffentlicht auf einer **Webseite zum Gazakrieg** zahlreiche Pressemitteilungen und Statements.

Die internationalen IPPNW-Co-Präsidenten schreiben einen **Offenen Brief an UN-Generalsekretär António Guterres**, in dem sie ihre Unterstützung für dessen Bemühungen um Frieden in Gaza bekunden.

Das 2%-Ziel der NATO wird 2,6 Billionen Dollar abziehen, die dann zur Bekämpfung der Klimakrise fehlen könnten. Zu diesem Schluss kommt die Studie **„Climate Crossfire“**, die u. a. von der IPPNW Deutschland mitherausgegeben wird.

November Insgesamt 121.626 Menschen haben die Bundesregierung in einer Petition dazu aufgefordert, den **UN-Atomwaffenverbotsvertrag** zu unterzeichnen. **Die Petition** wird dem Auswärtigen Amt übergeben.

Die Initiative „Sicherheit neu denken“ veranstaltet eine Online-Presskonferenz zur Vorstellung des neuen **Impulspapiers „Sicherheits-Strategien neu denken: Gewalt stoppen und überwinden! In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global.“**

Dezember Zum ersten Mal nimmt eine vierköpfige internationale IPPNW-Delegation an der **28. UN-Klimakonferenz in Dubai** teil. In einem mehr als einjährigen Prozess wurde die IPPNW vom Sekretariat des UNFCCC akkreditiert und als Beobachterorganisation anerkannt. Mit dem Slogan **„No Nukes, No War, No Warming“** machen die Delegierten auf den militärisch bedingten CO₂-Fußabdruck aufmerksam.



Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

IPPNW-Papier in sechster Auflage veröffentlicht

Der russische Krieg in der Ukraine dauert bereits mehr als zwei Jahre und hat knapp 11.000 zivile Todesopfer gefordert. Zum zweiten Jahrestag des Ukrainekrieges forderte die IPPNW einen Strategiewechsel der Bundesregierung und der EU. Der ausschließliche Fokus auf Waffenlieferungen und Sanktionen habe nicht zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen geführt. Darauf verweist auch das IPPNW-Papier „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“, das im Februar 2024 in einer sechsten aktualisierten Auflage veröffentlicht wurde.

Der Text versammelt Konzepte auf bilateraler, multilateraler, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene, die zu einer Lösung des Konfliktes beitragen könnten. Das Papier führte zu vielen positiven Rückmeldungen, u.a. vom Ökonom und Konfliktforscher Friedrich Glasl, Johannes Varwick, Professor an der Universität Halle, und der Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach, Professorin an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Anlässlich des zweiten Jahrestags des russischen Angriffskrieges 2024 rief die IPPNW im Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ zu Antikriegsprotesten auf. In Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt und Stuttgart nahmen jeweils zwischen 400 und 500 Menschen teil. Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Dr. Margot Käßmann forderte in ihrer Rede die deutsche Bundesregierung auf, „friedenstüchtig“ zu werden. Es sei fatal, dass immer nur Waffenlieferungen, Waffensysteme und Militärstrategien diskutiert würden. Und der IPPNW-Vorsitzende Dr. Lars Pohlmeier mahnte vor der russischen Botschaft in Berlin: „Den Krieg kann man nicht gewinnen, man kann nur den Frieden gewinnen.“

Ab Mitte Januar 2023 hat die IPPNW alle zwei Wochen eine Online-Veranstaltung zu Themen rund um den Ukrainekrieg veranstaltet. In dem Wunsch nach Frieden für die Ukraine besteht eine große Einigkeit, allerdings gehen die Meinungen über den Weg dorthin in der Öffentlichkeit weit auseinander. Die IPPNW hat daher im Juli 2023 Argumente für einen sofortigen Waffenstillstand gesammelt und in einem Argumentationspapier zusammengestellt.

Immer wieder wies die IPPNW zudem darauf hin, dass mit jedem Tag, den der Krieg andauert, das Risiko einer Eskalation droht. „NATO-Manöver wie Steadfast Defender an der Grenze zu Russland sowie Diskussionen über eine mögliche Bewaffnung der EU mit Atomwaffen sind hier alles andere als hilfreich. Zu glauben, die atomare Abschreckungsdoktrin schaffe Sicherheit, ist ein Mythos. Die atomare Aufrüstung Europas würde uns im Gegenteil an den Rand eines Atomkrieges führen. Wir fordern alle Beteiligten auf, bestehende Rüstungskontrollverträge einzuhalten und auf UN-Ebene wieder in atomare Abrüstungsverhandlungen einzutreten“, so Lars Pohlmeier in einer der zahlreichen Pressemitteilungen, die die IPPNW zum Ukrainekrieg veröffentlicht hat.

Weitere Informationen:
ippnw.de/frieden
ippnw.de/atomwaffen



Foto: IAEA

Militärangriffe auf Atomanlagen müssen verboten werden

Die IPPNW fordert die Mitgliedsstaaten des Nichtverbreitungsvertrages zum Handeln auf

Nur elf Tage nach Beginn des Ukrainekrieges, am 4. März 2022, wurde das ukrainische AKW Saporischschja von russischem Militär besetzt. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Region Saporischschja ordnete Präsident Putin an, dass das AKW mit seinen sechs Reaktoren in russischen Besitz übergeht.

Im August 2022 kam es zu Luftangriffen. Beide Seiten beschuldigten sich, Verursacher des Beschusses zu sein und terroristische Anschläge auf das AKW zu planen. Die höchstwahrscheinlich von russischer Seite veranlasste Sprengung des nahegelegenen Kachowka-Staudamms spitzte die Lage weiter zu: Das Wasserreservoir dient der kontinuierlichen Befüllung des Kühlreservoirs am AKW. Im Juli 2023 entdeckten Expert*innen der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA zudem Minen am AKW. So sind das AKW und seine Sicherheit zu einem Faustpfand im Ukrainekrieg geworden. Die Gefahr der Kernschmelze im AKW wächst.

Diese Situation war der Ausgangspunkt dafür, dass die internationale IPPNW einen Auftrag an Dr. Nikolaus Müllner vom

Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften (Universität für Bodenkultur, Wien) gaben, um die Auswirkungen und Verbreitung der Kontamination durch eine Kernschmelze im AKW Saporischschja zu beschreiben. In Wien wurde während der zweiwöchigen Vorbereitungskonferenz zum NVV (Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen) eine internationale Pressekonferenz zur Studie abgehalten. Das Interesse der Presse – auch aus dem Ausland – daran war immens.

Müllner zufolge birgt eine versehentliche oder absichtliche Kernschmelze die Gefahr, dass sich die radioaktive Kontamination von Cäsium und anderen radioaktiven Elementen über die Luft ausbreitet und im Boden der Ukraine und der umliegenden Staaten ablagert. Das habe kurz- und langfristig schwerwiegende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, Pflanzen und Tiere sowie auf die Ernährungssicherheit.

Von der ausgeprägten Cäsium-Kontamination wären mit hoher Wahrscheinlichkeit die Ukraine sowie Nachbarländer wie Russland oder Moldau betroffen. Mit einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit von 1:100 bis 3:100 könne es zu solchen Fol-

gen auch in Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn oder Rumänien kommen. Dies hätte katastrophale Folgen für Millionen in diesem Radius lebenden Menschen – und die Landwirtschaft, deren Erzeugnisse dadurch auf dem Binnen- und Weltmarkt fehlen.

Die IPPNW fordert deswegen von den Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages, eine deutliche Verurteilung jeglicher Angriffe auf Atomanlagen, einschließlich Reaktoren, Lager für abgebrannte Brennelemente und andere kritische Infrastruktur oder Personal. Atomkraftwerke dürften nicht als Lager für schwere Waffen oder als Stützpunkt für militärisches Personal genutzt werden. Die Mitgliedsstaaten müssten zudem den Schutz aller Strukturen, Systeme und Komponenten, die für den sicheren Betrieb der Atomkraftwerke wesentlich sind, verbindlich vereinbaren.

Weitere aktuelle Informationen:
ippnw.de/atomenergie



Fukushimatag:
Für einen konsequenten Ausstieg



Fest in Neckarwestheim:
Der Stecker wird gezogen



IPPNW-Weltkongress:
Makoma Lekalakala in Mombasa



Pressekonferenz in Wien:
Warnung vor Atomkatastrophe

Foto: .ausgestrahlt

Januar Anlässlich der Pläne der polnischen Regierung, insgesamt drei Atomkraftwerke neu errichten zu lassen, verfasst die IPPNW neben vielen Einzelpersonen, Organisationen und Verbänden eine **Stellungnahme zum grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsverfahren**, die den zuständigen Behörden in Polen zu gestellt wird.

Februar Zwölf Jahre nach dem großen Erdbeben und der darauffolgenden Havarie von drei Atomreaktoren in Fukushima herrscht in den radioaktiv verstrahlten Gebieten weiterhin keine Normalität. Der AK Atomenergie wertet auch 2023 die Zahlen zu **Schilddrüsenkrebserkrankungen in der Präfektur Fukushima** aus: Die Inzidenzen sind im Mittel um den Faktor 15 höher als erwartet.

März Zum **12. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima** fordert die IPPNW gemeinsam mit weiteren Anti-Atom-Initiativen ein definitives Ende der Atomkraft in Deutschland, eine Stilllegung der Atomanlagen in Lingen und Gronau und einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie. Die **IPPNW-Fukushima-Anzeige** für einen konsequenten Atomausstieg und echten Klimaschutz, die vor einem Atomunfall im ukrainischen AKW Saporischschja warnt, wird von über 1.700 Menschen unterstützt. Zur **Kazaguruma-Demonstration** in Berlin kommen ca. 300 Menschen. Dr. Alex Rosen hält eine Rede für die IPPNW. Die **Demonstration in Neckarwestheim** findet mit ca. 300 Menschen bei gutem Wetter und bester Stimmung statt. Dr. Jörg Schmid redet für die IPPNW. In Dortmund veranstaltet die IPPNW-Regionalgruppe zusammen mit der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Dortmund eine **wissenschaftliche Vortragsveranstaltung** rund um den Super-GAU von Fukushima.

Am 15. März findet im Bundestag im Unterausschuss eine **Anhörung** mit der IPPNW-Vorsitzenden Dr. Angelika Claußen zu den Folgen von Atomkatastrophen statt. Claußen sagt dort aus, es gebe keinen Schwellenwert, unterhalb dessen Strahlung ungefährlich wäre. Der international festgelegte Grenzwert von einem Millisievert pro Jahr und Person orientiere sich am sogenannten „Referenzmann“, einem jungen, gesunden männlichen Erwachsenen. Die besondere Strahlensensibilität von Embryos, Kindern, Frauen und älteren Menschen bleibe unberücksichtigt.

April Geschafft! Am 15. April gehen die letzten deutschen AKW vom Netz. Ein Grund zum Feiern! In München, Neckarwestheim, und Lingen finden **Abschaltfeste** statt, IPPNW-Mitglieder beteiligen sich an der Organisation und halten Redebeiträge.

Mai Atomkraft und Uranbergbau sind herausragende Themen auf dem **IPPNW-Weltkongress in Mombasa, Kenia**: „Jede Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Form der Energiegewinnung hat Auswirkungen auf uns und unsere Umwelt. Wir brauchen und wollen keine Atomkraft! Wir brauchen eine dezentralisierte und demokratisierte Energieversorgung“, so die langjährige Aktivistin und Direktorin von Earthlife Africa, Makoma Lekalakala.

Juni Die Zerstörung des Kachovka-Damms in der Ukraine stellt eine enorme Gefahr für die Anwohner*innen der bereits so hart vom Krieg getroffenen Umgebung, insbesondere flussabwärts, dar. Es werden Auswirkungen auf die Kühlwasserversorgung des AKW Saporischschja befürchtet. Die IPPNW fordert die **Einrichtung einer entmilitarisierten Schutzzone**.



Fukushima:
Verklappung von Kühlwasser

Foto: Greg Webb / IAEA



Energiewende retten!
Protest gegen Macron in Hamburg

Foto: .ausgestrahlt



Atomüllreport:
Workshop an der TU Berlin

Foto: BUND



IPPNW auf der COP28:
Gegen falsche Klimaversprechen

Foto: Bimal Khadka

Yoko Schlütermann, IPPNW-Mitglied und Vorsitzende der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Dortmund, erhält für ihr ehrenamtliches Engagement das **Verdienstkreuz am Bande**. Im Zentrum ihrer Arbeit steht seit 2011 das Anliegen, die atomare Katastrophe von Fukushima nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

August Während der zweiwöchigen **Vorbereitungskonferenz zum NVV** (Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen) in Wien hält die IPPNW eine **internationale Pressekonferenz** zu den möglichen Auswirkungen einer Kernschmelze im AKW Saporischschja ab.

Die IPPNW kritisiert die Einleitung von radioaktiv verseuchtem Wasser aus dem havarierten Atomkraftwerk Fukushima Daiichi in den Pazifik scharf und fordert den Stopp der Verklappung. Im Vorfeld des **Treffens der Klima-, Energie- und Umweltminister*innen der G7-Staaten** in Sapporo/Japan hatte die IPPNW gefordert, die von der japanischen Regierung beabsichtigte Einleitung radioaktiv verseuchten Wassers aus dem havarierten Atomkraftwerk Fukushima in den Pazifik deutlich zu kritisieren.

Das Atomüll-Bundesamt BASE genehmigt weitere 40 Uran-Transporte aus Russland an die Atomfabrik Lingen. Diese Transporte stammen vom aktiv am Krieg gegen die Ukraine beteiligten russischen Staatskonzern Rosatom.

Oktober Atomkraft nach dem AKW-Aus? Am 27. und 28. Oktober findet ein **Workshop des Atomüllreports** für Nachwuchswissenschaftler*innen und Aktivist*innen unter IPPNW-Beteiligung an der Freien Universität Berlin statt. Der Workshop bietet die Möglichkeit, sich eineinhalb Tage lang auszutauschen und sich zu vernetzen. Den Auftakt bildet eine gemeinsame Exkursion zum Forschungsreaktor Wannsee. Danach folgt ein Treffen mit der lokalen Bürgerinitiative „Forschungsreaktor Wannsee dichtmachen“, um ihre Ansichten zu diskutieren. Am Folgetag gibt es eine Keynote von Dr. Becky Alexis-Martin und intensive Diskussionen über die Konzepte „nukleare Geografie“ und „epistemische Gerechtigkeit“.

Dezember Die IPPNW positioniert sich auf der **Weltklimakonferenz COP28** gegen Formelkompromisse und Scheinlösungen für die Klimakrise. Im Verlauf des Gipfels stellen sich 22 Länder hinter eine Absichtserklärung, die eine Verdreifachung der Stromerzeugungskapazitäten aus Atomenergie bis zum Jahr 2050 anstrebt. Atomkraft, entgegnet die IPPNW, ist aber zu langsam, zu teuer, zu gefährlich und zu schlecht mit den Erneuerbaren kombinierbar, als dass sie einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte.

Ob **strahlungsverursachte Mutationen** bzw. die durch sie verursachten Krankheiten transgenerational vererbbar seien, wird erneut Gegenstand der Diskussion. In einer in „Science“ publizierten Studie von Yeager et al. (2021) schlossen die Autor*innen aus ihren Ergebnissen, dass Kinder von Eltern, die einer niedrigen Strahlungs-dosis ausgesetzt waren, keine vermehrten erbten Mutationen zeigen – es also keine relevante transgenerationale Vererbbarkeit von strahleninduzierten Mutationen gäbe. Die IPPNW Deutschland, die wiederholt über die Krankheitsfolgen ionisierender Strahlung publiziert hat, kritisiert u.a. die von Yeager et. al. verwendete molekulargenetische Methodik und verfasst ein **ausführliches Statement** im IPPNW-Forum.



Neue Online-Melde- und Informationsstelle

IPPNW informiert über Abschiebungen aus stationärer Behandlung

Menschen werden in Krankenhäusern und Kliniken aufgrund der Schwere ihrer Erkrankungen stationär behandelt und sollten dort einen besonderen Schutz genießen. Sichere Räumlichkeiten und geschützte Therapiebedingungen, vertrauensvolle und gewaltfreie Verhältnisse sind eine unabdingbare Grundvoraussetzung für den Heilungsprozess und die Gesundung erkrankter Menschen. Ungeachtet dessen kommt es immer wieder zu Abschiebungen von Patient*innen aus stationärer Krankenhausbehandlung. Zugleich sind diese Vorfälle schlecht dokumentiert. Es gibt keine systematische Erfassung und belastbare Zahlen für das Bundesgebiet.

Im Dezember 2023 hat der Arbeitskreis Flucht und Asyl der IPPNW daher die erste bundesweite online Melde- und Informationsstelle zu Abschiebungen und Abschiebeversuchen im Kontext stationärer Behandlungen veröffentlicht. Ziel ist es, die Black Box „Abschiebungen im Kontext stationärer Behandlung“ besser zu verstehen und sichtbar zu machen sowie Klinikmitarbeiter*innen über ihre Rechte und Möglichkeiten in Abschiebe-

situationen aufzuklären. Dafür hat der Arbeitskreis zusammen mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte eine Handreichung für Klinikbeschäftigte erstellt und bietet auch Schulungen dazu an. Damit möchte der Arbeitskreis Kolleg*innen darin unterstützen, sich auch gegenüber Behörden, Amtspersonen und Polizei für das Wohl und die Rechte ihrer Patient*innen einzusetzen. Mit Blick auf die Politik will der Arbeitskreis die Datenlage verbessern, um besser für ein bundesweites Verbot von Abschiebungen aus dem Krankenhaus zu streiten. Bisher gibt es in sechs Bundesländern Erlasse, die eine Abschiebung aus dem Krankenhaus verbieten oder zumindest stark einschränken.

Bis Ende Februar 2024 sind über das Portal sechs Meldungen eingegangen. Wir haben im Nachgang mit den meisten meldenden Personen Gespräche geführt, die froh und erleichtert waren über das Gesprächsangebot. Wir haben darüber hinaus mehrere Anrufe von Klinikmitarbeiter*innen mit konkretem Beratungsbedarf erhalten. Bei einer ersten Sichtung der sechs online gemeldeten und 13 in den Vorjahren von uns gesammelten Fällen ist auffällig, dass psychische Erkran-

kungen eine große Rolle spielen und fast alle Abschiebungen aus psychiatrischen Stationen erfolgten, aber auch aus der Gynäkologie und Geburtshilfe. Am meisten wurden Menschen mit psychischen Erkrankungen, schwangere Frauen, ältere Personen, sozial nicht gut integrierte Menschen aus dem Krankenhaus abgeschoben. In einigen Fällen kam es zu Familientrennungen durch die Abschiebemaßnahme.

Nur in den wenigsten Fällen ist bekannt, wie sich der Gesundheitszustand der Person nach der Abschiebung entwickelt hat und ob sie ausreichend Zugang zu medizinischer Versorgung im Zielland hatte. Kaum wurden Bemühungen von Menschen aus Deutschland angestellt, die/den Patient*in wieder zurückzuholen. Erfreulicherweise gab jedoch eine Reihe von Beispielen, wo sich Klinikpersonal und auch Betroffene erfolgreich gegen eine Abschiebung gewehrt haben.

Weitere aktuelle Informationen:

www.abschiebungen-krankenhaus.de
ippnw.de/soziale-verantwortung



Türkei:
Unterstützung nach dem Erdbeben



Türkeireise:
Austausch mit der Zivilgesellschaft



Kongress Armut & Gesundheit:
„Developing a decolonial lens“



#ObjectWarCampaign:
Schutz & Asyl für Deserteure!

Februar Zwei schwere Erdbeben erschüttern im Februar Teile von Syrien und der Türkei. Auch unsere kurdischen Partnerorganisationen vor Ort sind von der Situation direkt und indirekt betroffen. Ein Großteil der Partner ist im Katastrophengebiet aktiv. Ihre Arbeit wird dabei wiederholt durch den staatlichen Katastrophenschutz blockiert. Die IPPNW sammelt **Spenden für die Partnerorganisationen**.

März Rund um das kurdische Newrozfest fährt eine Gruppe von Heilberufler*innen, Sozialarbeiter*innen und Journalist*innen in den Südosten der Türkei und trifft sich dort mit Vertreter*innen zahlreicher Organisationen und der Deutschen Botschaft in Ankara. Ziel ist es, Zeugenschaft für die Entwicklungen nach dem Erdbeben und vor den Wahlen zu leisten. Insgesamt wird die **IPPNW-Reise** von den Partner*innen als sehr unterstützend erlebt. Die Reiseteilnehmer*innen berichten in verschiedenen Medien über die Situation vor Ort. Außerdem organisiert die Gruppe in Berlin mehrere gut besuchte **öffentliche Veranstaltungen**. Die Reise wird jedoch durch das Einreiseverbot der langjährigen Gruppenleitung am Flughafen in Istanbul überschattet.

Der **Kongress Armut und Gesundheit** findet in Berlin statt. IPPNW ist als Teil der deutschen Plattform für globale Gesundheit vertreten. Am 24. März spricht IPPNW-Referentin Anne Jurema als Expertin beim Online-Panel „Developing a decolonial lens in the German global health research context“.

Mai Zum **Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung** am 15. Mai nimmt die IPPNW an einer zentralen Aktion von Connection e.V. zum Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine in Berlin teil. Während einer feierlichen Aktion werden fast 50.000 Unterschriften der #ObjectWarCampaign an die Europäische Kommission in Berlin übergeben. Begleitet wird die Übergabe der Petition von Redebeiträgen von Gästen aus Russland, Belarus und der Ukraine.

Anlässlich des sogenannten „Flüchtlingsgipfels“ der Länder am 10. Mai zur Situation der Kommunen in der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, veröffentlicht die IPPNW das Forderungspapier von IPPNW-Partnerin ROSA e.V. für eine **Geschlechtersensible Infrastruktur für geflüchtete Menschen** und kritisiert die rechte Stimmungsmache in Deutschland, die auf dem Rücken schutzsuchender Menschen ausgetragen werde.

Juni Im Vorfeld des **Treffens der EU-Innenminister*innen zur Reform des europäischen Asylsystems (GEAS)** beteiligt sich die IPPNW an der Lobbyarbeit zahlreicher Menschen- und Kinderrechtsorganisationen, um die geplante Reform zu stoppen und die Bundesregierung dazu zu drängen, ihrer völkerrechtlichen und humanitären Verantwortung gerecht zu werden und den Koalitionsvertrag ernst zu nehmen.



Global Health:
Summer School in Berlin

September

„Preparing for permanent crisis? Reshaping Global Health in the aftermath of Covid-19“ ist der Titel einer **eintägigen Konferenz** am 16. September, die die IPPNW zusammen mit medico international organisiert. 120 Personen und diverse internationale Referent*innen kommen in Vorträgen, Workshops und einer Podiumsdiskussion zusammen. Durch den kritischen Blick auf globale Gesundheit und deren Versicherheitlichung, insbesondere als Konsequenz aus der Coronavirus-Pandemie, leistet die Konferenz einen wichtigen Debattenbeitrag.

Daran anschließend findet die **Global Health Summer School** in Berlin statt. Unter dem Titel **“Colliding Crises? Global Health between war, security and human rights”** kommen 24 Studierende aus Deutschland, Kosovo, Serbien, Nepal, Kenia und Sambia zusammen. Die einwöchige Veranstaltung vermittelt Grundlagen der globalen Gesundheit und der medizinischen Friedensarbeit und ermöglicht den gegenseitigen Austausch. Für die Arbeit der Summer School und der Konferenz erhält die IPPNW Projektförderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Besuch von Aktivist*innen:
Fachtag Traumaarbeit

Oktober

Zum dritten Mal organisiert der IPPNW-Arbeitskreis Türkei-Deutschland eine **Besuchsreise von türkisch-kurdischen Partner*innen aus dem Südosten der Türkei** nach Deutschland. Vom 24. September bis zum 7. Oktober kommen acht Personen aus dem Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit, Politik, Frauen- und Kinderrechte und Justiz/Flüchtlingsschutz nach Berlin, ins Wendland und nach Hamburg. Tagsüber besucht die Gruppe verschiedene Initiativen und Organisationen zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung. Darüber hinaus organisiert der Arbeitskreis zwei interne Workshops zum Thema „Digitale Fürsorge“ und zum Thema Fundraising mit dem Netzwerk Selbsthilfe. Es gibt drei gut besuchte Abendveranstaltungen zu den Themen „Krise der Menschenrechte – Wie passen feministische Außenpolitik und EU-Türkei-Deal zusammen?“ und zum Thema „Kampf um Frauenrechte in der Türkei und Kurdistan“ in Berlin und Hamburg. Der Fachtag findet zu dem Thema „Psychosoziale Versorgung nach dem Erdbeben in der Türkei“ statt. Im IPPNW-Forum und auf dem Blog wird über die Themen berichtet.



Parallelbericht:
Rassismus im Gesundheitswesen

November

Im Vorfeld der Tagung des UN-Ausschusses zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung vom 22. bis 24. November in Genf veröffentlicht ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter die IPPNW, einen **Parallelbericht zum UN-Staatenbericht** für Deutschland. Der Arbeitskreis Geflüchtete und Asyl der IPPNW trägt ein Kapitel über rassistische Diskriminierung im Gesundheitsbereich bei. Die Organisationen kritisieren die Bundesregierung für mangelnde Anstrengungen im Kampf gegen Rassismus.

Dezember

Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 haben mehr als 250.000 Militärdienstpflichtige Russland verlassen. Über 40 Friedensgruppen aus ganz Europa veranstalten vom 4. Dezember bis zum **„Internationalen Tag der Menschenrechte“** am 10. Dezember 2023 Protestaktionen und fordern Aufnahme und Schutz für alle, die sich dem Krieg in der Ukraine entziehen.



Tag der Menschenrechte:
Für die Rechte von Deserteuren



Hamburg:
Europäisches IPPNW-Treffen



Weltkongress in Kenia:
Biketour Nairobi-Mombasa



To Survive is to resist:
Atomwaffenüberlebende berichten



Aktiv gegen Atomwaffen:
2. Staatenkonferenz in New York

Januar Am **Europäischen IPPNW-Treffen** vom 20. bis 22. Januar in Hamburg nehmen ca. 60 IPPNW-Mitglieder teil. Bei dem Treffen geht es um Strategien, wie ein Atomkrieg in Europa angesichts der russischen Drohungen mit Atomwaffen verhindert und das Atomwaffenverbot in Europa vorangebracht werden kann. Zum Abschluss des Kongresses bilden die Teilnehmer*innen ein Peace-Zeichen auf dem Hamburger Rathausplatz, um für eine atomwaffenfreie Welt zu protestieren.

April Der **23. IPPNW Weltkongress** findet vom 26. bis 30. April 2023 in Mombasa, Kenia statt. Es ist der erste IPPNW Weltkongress auf dem afrikanischen Kontinent. Mit den Themen „Abrüstung, Klimagerechtigkeit und Gesundheit“ werden wichtige Themen der kenianischen Kolleg*innen adressiert. Internationale Referent*innen und Aktivist*innen sprechen zu der Verschränkung von Klimakrise, Aufrüstung und Atomkriegsgefahr, Scheinlösungen in Form von Atomenergie und Uranabbau sowie den Möglichkeiten medizinischer Friedensarbeit. Den Auftakt bildet eine fünftägige Fahrradtour der Studierenden, von Nairobi quer durch das Land nach Mombasa. Mit etwa 150 Teilnehmenden vor Ort ist der Kongress von einer ausgesprochen hoffnungsvollen Atmosphäre geprägt.

Juni Auf dem IPPNW-Jahrestreffen startet das **Projekt „To Survive is to Resist“** in Berlin – mit einem Vortrag der Marshallense Educational Initiative zu den Atomwaffentests auf den Marshallinseln und deren Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt. Während Benetick Kabua Maddison über die Geschichte und aktuellen Situation der Marshallinseln referiert, verarbeitet Matthew John seinen Protest in einer musikalischen Performance. Gemeinsam mit dem ebenfalls angereisten Marino Morris fordern die Gäste nukleare Gerechtigkeit für die Marshallinseln und alle ehemaligen Testgebiete.

Im Rahmen des **Austauschprogramms „famulieren und engagieren“** reisen 14 Studierende für zwei Monate ins Ausland, wo sie von IPPNW-Arzt*innen und/oder Studierendengruppen betreut werden. Die Kooperation mit dem von IPPNW-Mitgliedern mitbegründeten Projekt ROSA – Rolling Safespace, einer mobilen Anlaufstelle für Frauen und Mädchen auf der Flucht in Griechenland, wird fortgesetzt, ebenso wie die Kooperation mit dem Refugee Camp Project (ReCaP), einem vierwöchigen Bildungsangebot zur Situation der Gesundheitsversorgung und den sozialen Determinanten von Gesundheit im Westjordanland. Vier Gaststudierende aus Nepal, Kenia, Serbien und Kosovo kommen 2023 für eine Famulatur und die Teilnahme an der Global Health Summer School nach Deutschland.

November Fünf Mitglieder der deutschen IPPNW nehmen an der **Zweiten Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag** in New York teil. Durch Blogartikel, Instagram-Posts und E-Mails auf verschiedenen Verteilern machen sie ihre dortigen Erlebnisse auch für die Menschen in Deutschland zugänglich. Begleitend erscheint ein Gastkommentar auf der journalistischen Plattform Security.tablet. Zudem spricht die Delegation vor Ort auf Panels, moderiert eine Online-Veranstaltung und spricht mit den Vertreter*innen des Auswärtigen Amtes und der deutschen Ständigen Vertretung bei der UN. Für das IPPNW-Projekt „To Survive is to Resist“ werden sieben Interviews mit Betroffenen der nuklearen Kette und Expert*innen auf diesem Gebiet geführt.



Intensiver Austausch:
IPPNW-Jahrestreffen in Berlin



Für eine Kultur des Friedens:
Jahrestagung in Landsberg/Lech



IPPNW-Geschäftsstelle:
Kauf eines neuen Büros in Berlin

Foto: Werner Vögel

April Das vorerst letzte **IPPNW-Benefizkonzert** findet unter dem Motto „**Nachdenken über Auschwitz – Wort und Musik zum 78. Jahrestag der Befreiung**“ in Berlin statt. Bei den von IPPNW-Mitglied Peter Hauber organisierten Benefizkonzerten wirkten neben international renommierten Solist*innen und Musiker*innen auch zahlreiche Mitglieder der Berliner Philharmoniker mit.

Das **IPPNW-Jahrestreffen** Anfang Juni in Berlin ist mit etwa 160 Teilnehmer*innen gut besucht. Den öffentlichen Hauptteil des Kongresses bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wie kommen wir zu einer europäischen Friedens- und Sicherheitsstruktur?“ mit Prof. Johannes Varwick, Dr. Lars Pohlmeier, Ruth Misselwitz und Dr. Boniface Mabanza Bambu. Der Vortrag von Benetick Kabua Maddison zu den Folgen der US-Atomwaffentests auf den pazifischen Marshallinseln wurde von den Teilnehmenden als sehr bewegend erlebt. Auch die Medien berichten über den Kongress: Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen wird im Vorfeld des Jahrestreffens vom SWR interviewt. Zudem begleitet der rbb-Redakteur Jürgen Buch das Jahrestreffen journalistisch. Deutschlandfunk Nova sendet in seiner Sendung „Hörsaal“ den Vortrag von Prof. Jürgen Scheffran über den Zusammenhang von Klimakrise und Militarisierung. Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht vorab einen Beitrag des IPPNW-Vorsitzenden Dr. Lars Pohlmeier. Im Anschluss an das Jahrestreffen erscheinen Gastbeiträge in der Ärztezeitung und der Zeitung Berliner Ärzt*innen.

September Die **Jahrestagung „Für eine Kultur des Friedens“** der Landsberger IPPNW-Regionalgruppe findet am 30. September mit über 120 Teilnehmer*innen statt. Verabschiedet wird ein Memorandum zur „Kultur des Friedens“, das die Notwendigkeit unterstreicht, in einer Welt existentieller Gefahren einen Gegenentwurf vorzustellen, der auf Friedfertigkeit und auf die Bereitschaft baut, Konflikte im Dialog und mit Diplomatie zu lösen. Zu Gast ist unter anderem der Journalist Andreas Zumach.

Oktober Nach langer Suche hat die IPPNW eine neue Heimat gefunden. Die **neue Geschäftsstelle** ist künftig in der Frankfurter Allee 3 in Berlin-Friedrichshain zu finden. Damit wird unser Verein im Stadtbild präsenter: Das Büro zieht nach mehr als 30 Jahren aus einem Hinterhof in Kreuzberg in die sonnendurchfluteten Räumlichkeiten mit einer ikonischen historischen Fassade. Der Umzug in die neuen Räume findet voraussichtlich im Juni 2024 statt. Mit dem Kauf wird die IPPNW finanziell unabhängig von steigenden Hauptstadtmieten und ist somit für die Herausforderungen der Zukunft besser gerüstet.

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer
Verantwortung e. V.
Körtestraße 10, 10967 Berlin

Telefon: 030 698 074-0 Fax: 693 81 66
ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Spendenkonto: GLS-Bank

IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01
BIC: GENODEM1GLS

Mitarbeit: Anne Jurema, Xanthe Hall, Juli
Hauschulz, Christoph Neeb, Regine Ratke,
Patrick Schukalla, Angelika Wilmen,
Laura Wunder

V.i.S.d.P.: Dr. Lars Pohlmeier

Redaktion: Frederic Jage-Bowler

Layout und Satz: Regine Ratke

Papier: RecyStar Polar, Recycling & FSC

Druck: DDL Berlin

Bildnachweise: nicht gekennzeichnete
Fotos aus dem IPPNW-Archiv oder privat.



Aktivismus, Input und Kreativität

Studierendenarbeit zum Atomwaffenverbot und vielen anderen Themen

Das Jahr 2023 war für die IPPNW-Studierenden aufregend und ereignisreich – obgleich die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Studierendenarbeit noch bemerkbar sind. Neben dem ersten deutschlandweiten Präsenztreffen seit drei Jahren gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen im In- und Ausland, an der sich auch die Studierendengruppen beteiligt haben.

Im Januar besuchten IPPNW-Studierende das European Regional Meeting der IPPNW in Hamburg. Im Februar fand die Peace Academy in Berlin unter dem Titel „Climate (vs.) Crisis. Klimagerechtigkeit und Frieden zusammen denken“ statt. Weiter ging es im April mit dem IPPNW Weltkongress in Mombasa, Kenia. In dessen Rahmen fand eine 500km lange Fahrradtour von Nairobi bis Mombasa statt. Parallel zum Weltkongress wurde ein internationaler Studi-Kongress abgehalten.

Zurück in Deutschland fand in der zweiten Jahreshälfte das IPPNW-/ICAN-Zu-

kunftscamp in Düren bei Nörvenich und dann im September die Global Health Summer School in Berlin statt. Auch hier gab es wieder ein gutes Gleichgewicht aus Aktivismus, Input und Kreativität, mit Teilnehmenden von Jung bis Alt. Es war wundervoll, mit so vielen begeisterten Studis Perspektiven zu teilen und von lokalen und internationalen Initiativen zu lernen.

Im November fand schließlich das lang ersehnte deutschlandweite Studi-Treffen statt. Ein Wochenende lang haben wir uns in der Ida Nowhere in Berlin eingekuschelt und in interaktiven Formaten wie Welt-Cafés, Stadtspaziergängen und Workshops über Themen wie die Versorgung von Geflüchteten, Feministische Militarismuskritik und die Zukunft der jungen Friedensbewegung gesprochen.

Leider ging mit dem Ende dieses Jahres auch das Amt der Studierendenvertreterin Clara Blumenroth zu Ende. Wir wollen ein ganz großes „Danke“ aussprechen: Es war nicht leicht, die Studis durch die Pandemie hinweg motiviert zu halten und

danach wiederaufzubauen. Als neue Vertreterin kam Anna Khouri hinzu: Herzlich willkommen, Anna! Wir freuen uns auf zwei tolle Jahre mit dir.

Und als wären diese tollen Foren noch nicht genug, gab es natürlich auch noch die Zweite Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in New York City! Wir jungen Menschen sind die Zukunft, und wenn man eines in diesem Jahr gelernt hat, dann, dass wir sie mitgestalten wollen und können. Ausführliche Berichte zum 2MSP finden sich auf dem IPPNW-Blog.

Nun bleibt uns nur zu sagen: Wow, was für ein aufregendes Jahr! Wir hoffen, im nächsten Jahr wieder mehr Studierendengruppen in Deutschland aktivieren zu können und auch international mit unseren engagierten Studis Präsenz zu zeigen. Wir freuen uns darauf.

Weitere Informationen:
www.ippnw.de/bit/studis



Die IPPNW in Zahlen

Finanzbericht 2023

Der seit 2021 geplante Kauf einer Immobilie für die Geschäftsstelle wurde am 31. Dezember 2023 umgesetzt – der Umzug soll im Juni 2024 stattfinden. Welche Kapriolen der Immobilien- oder Mietmarkt schlagen wird, wir sind nun davon unabhängig und haben die nächsten Jahrzehnte niedrigere Raumkosten für das Büro als gegenwärtig und als für die Zukunft zu erwarten wäre, wenn wir weiterhin mieten würden.

Dieses Projekt hat auch den Finanzbereich besonders gefordert und wir haben viel Zeit und Energie hineingesteckt. Zur Finanzierung haben wir einen Kredit über 700.000 Euro aufgenommen. Aus den Kreditangeboten mehrerer Banken haben wir den günstigsten Vertrag ausgewählt mit einer Verzinsung von 5,1 Prozent jährlich und einem jährlichen Sonderstilgungsrecht in Höhe von 70.000 Euro. Weitere Spenden für unsere Immobilie können so direkt in die Tilgung fließen. Den Kaufpreis von 1.250.000 Euro für die neue Immobilie haben wir noch im Dezember vollständig bezahlt, das gan-

ze Projekt inklusive Sanierungsarbeiten schließen wir aber erst im Jahre 2024 ab. Für den Jahresabschluss haben wir für das Jahr 2023 72.000 Euro aus Rücklagen einstellen müssen (im Etat waren 111.000 Euro veranschlagt), andererseits haben wir Dank Großspenden von insgesamt 280.000 Euro für den Erwerb der Frankfurter Allee diese Rücklagen gut auffüllen können.

Auf der Einnahmenseite konnten wir nach der Beitragserhöhung die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen um 70.000 auf 704.000 Euro steigern. Das Spendenaufkommen für die Aktionen Weihnachtsbrief, Fukushima- und Hiroshimataag lag 2023 unter dem Niveau des Vorjahrs, die Spenden außerhalb dieser Spendenaktionen aber waren höher als im Vorjahr.

Die Gehälter und Sozialabgaben lagen um rund 17.000 Euro höher als im Vorjahr, bedingt durch Neueinstellungen und Dopplungen zur Einarbeitung. 2024 werden die Personalkosten trotz einer inflationsbedingten Tarifierhöhung insgesamt nur leicht gegenüber 2023 steigen.

Bei den weiteren Ausgaben fallen 2023 beispielsweise die Mitgliederversammlung in Berlin, das Projekt famulieren & engagieren und die Türkeireise mit erhöhten Kosten auf – gestiegene Preise in fast allen Bereichen sind der Grund. Der Austausch zwischen den Mitgliedern, die gesammelten Erfahrungen und die politische Energie rechtfertigen dies aber gut. Bei den Regionalgruppen haben wir wieder viele Veranstaltungen unterstützen können und freuen uns darüber sehr – und auch über die hohe Bereitschaft, zusätzliche Drittmittel und Spenden einzuwerben.

Die Aktivitäten werden 2024 umzugsbedingt reduziert sein, sollen aber 2025 in vollem Umfang wieder aufgenommen werden. Die Finanzen der IPPNW stehen auf einer stabilen Basis, aber wir merken die Zunahme der Kosten in allen Bereichen. Allen, die Beiträge zahlen und spenden, danken wir an dieser Stelle dafür, dass sie dies alles möglich machen.

Kostenaufteilung 2023 nach Arbeitsbereichen

(ohne Rücklagenverbuchungen, steuerlicher Wirtschaftsbetrieb und Kosten Vermögensverwaltung)

Büro / Verwaltung	Euro
Personalkosten	102.105,18
Mietkosten Geschäftsstelle	89.789,63
sonstige Kosten	50.763,67
(2022 = 228.729,24)	242.658,48

Verein	EUR
Personalkosten	149.193,94
Vorstands-Jahrestreffen/MV-Kosten	34.758,50
Regionalgruppenarbeit	11.224,47
Fundraising	12.760,14
Tschernobylanzeige	38.369,05
Beratungen, Archiv, Fortbildung	22.509,43
(2022 = 307.184,14)	268.815,53

Öffentlichkeitsarbeit	EUR
Personalkosten	161.300,80
IPPNW-Forum	49.455,09
Publikationen / Websites / Sonstiges	10.677,98
(2022 = 218.145,95)	221.433,87

Ausstieg aus der Atomenergie	EUR
Personalkosten	42.228,61
Bündnisarbeit	714,00
Trägerkreis Atommüllreport	2.856,32
Sonstige Projekte	1.877,45
(2022 = 46.247,11)	47.676,38

Frieden und Atomwaffen	EUR
Personalkosten	97.698,59

a) Atomwaffen	
Büchel ist überall!	10.924,67
Sonstige (Polit. Druck, Atomwaffen A-Z)	6.123,78

b) Krisenregionen	
Ukrainekrieg	4.450,38

c) Veranstaltungen, AK, Kooperationen	
Friedensbewegung stärken	6.214,22
Peace Academy	6.855,35
Sonstige (AK Süd/Nord, Sicherheit neu denken, Campaigning for Peace)	10.309,18
(2022 = 152.702,23)	142.576,17

Soziale Verantwortung	EUR
Personalkosten	52.736,76
Global Health Summer School	29.536,27
Türkei-Deutschland 2023	6.792,47
Sonstige (AK Geflüchtete und Asyl, Netzwerkarbeit)	5.721,20
(107.817,45)	94.786,70

Internationale Kooperationsprojekte	EUR
Personalkosten	56.559,12
Unterstützung IPPNW International	33.232,04
familieren & engagieren	25.519,62
Sonstiges (European Work, Weltkongress u.a.)	71.374,99
(2022 = 98.595,22)	186.685,77

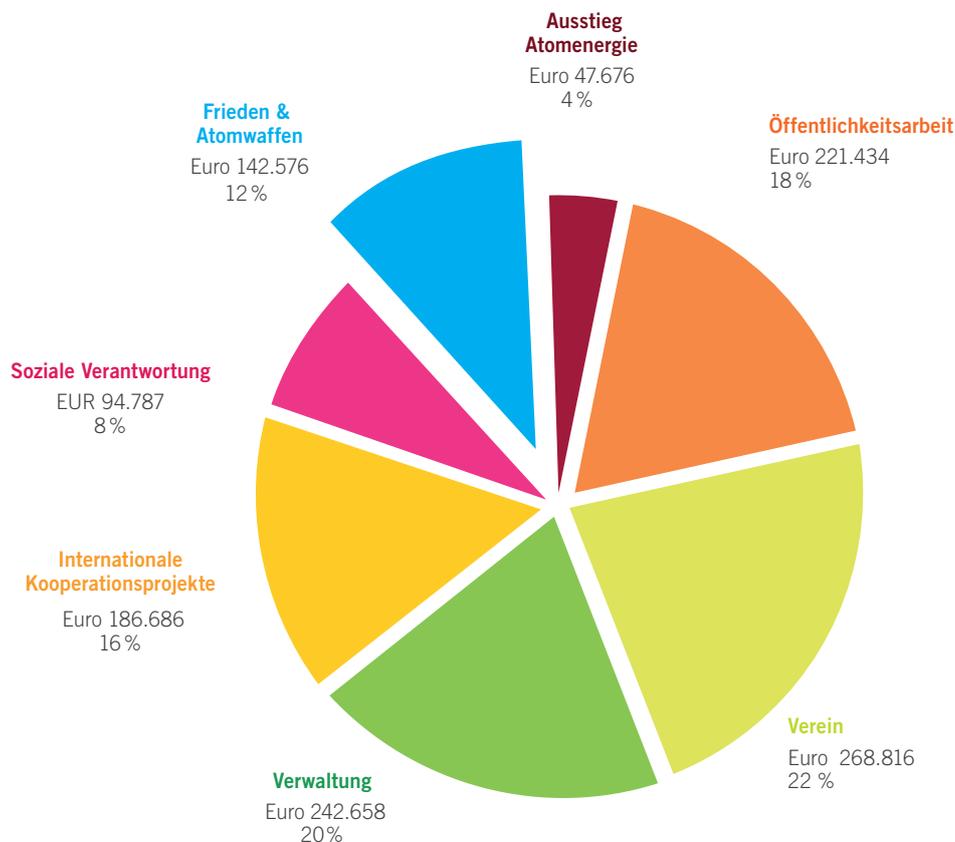
Mitgliederentwicklung

Leider verzeichnen wir auch 2023 einen leichten Rückgang der Gesamtmitgliederzahl.

Mitglieder	31.12.2022	31.12.2023
Ärzt*innen	4.719	4.602
Studierende	449	430
Fördermitglieder	468	484
Insgesamt	5.636	5.516

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva	2023 EUR	2022 EUR	Passiva	2023 EUR	2022 EUR
Anlagevermögen			Eigenkapital		
Grundstücke und Gebäude	1,00	1,00	freies Vermögen	765.300,71	580.367,96
Geleistete Anzahlungen und Anlagen i. Bau	1.301.026,30	0			
Umlaufvermögen			zweckgebundene Rücklagen		
Forderungen	6.163,63	11.040,19	Instandhaltung Haus Stade	50.730,83	58.895,51
Sonstige Forderungen	0,00	1.285,00	Betriebsmittelrücklage	240.000,00	240.000,00
Kassen- und Bankguthaben	579.650,81	971.890,08	Kinderhilfe Irak	0,00	0,00
Abgrenzungen	3.500,00	0	Klage Biblis	12.748,48	15.779,48
			Rücklage KSZMNO	8.507,59	8.507,59
			sonstige zweckgebundene Rücklagen	43.699,58	57.141,30
			Summe Eigenkapital	1.120.987,19	960.691,84
			Rückstellungen		
			sonstige Rückstellungen	28.906,00	3.500,00
			Verbindlichkeiten		
			gegenüber Kreditinstituten	700.000,00	0
			sonstige Verbindlichkeiten	40.448,55	20.024,43
	1.890.341,74	984.216,27		1.890.341,74	984.216,27



Wir danken allen unseren Mitgliedern und Spender*innen, die durch ihre Unterstützung zu diesem guten Jahresergebnis 2023 beigetragen haben.

„Bei meiner Prüfung haben sich keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und der Geschäftsführung ergeben. Ich werde die Prüfung voraussichtlich mit der Erteilung einer uneingeschränkten Bescheinigung abschließen können.“

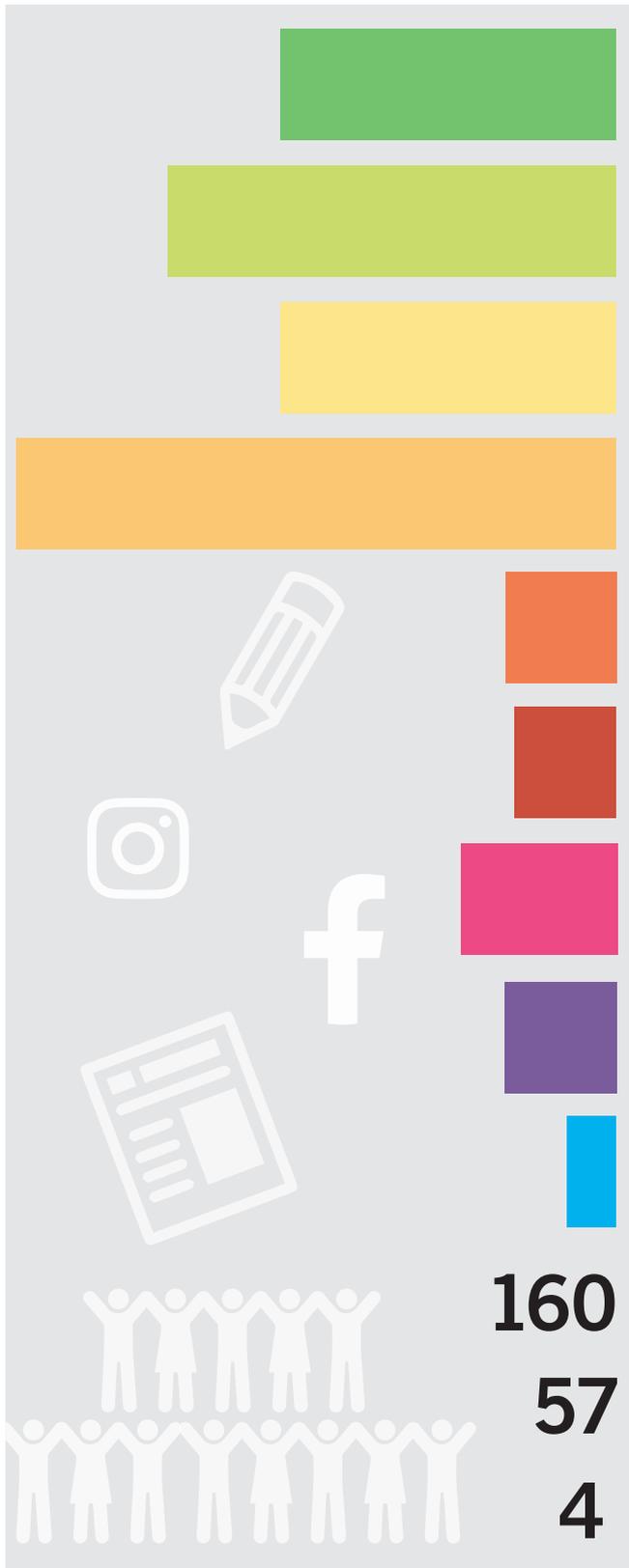
Auszug aus der Vorabbestätigung, Stuttgart, 2. April 2024
Detlef Siebeck

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Einnahmen	2023	2022	Ausgaben	2023	2022
	EUR	EUR		EUR	EUR
Beiträge	704.420,39	634.102,83	Gehälter u. soziale Aufwendungen	657.689,05	640.275,87
freie Spenden	196.558,29	254.785,98	Honorare und Fortbildungen	42.283,16	36.551,41
Spenden mit Zweckbindung	420.933,15	162.893,40	Kampagnen u. Unterstützungen	83.879,81	71.836,85
Zuschüsse mit Zweckbindung	36.479,62	30.000,00	Kinderhilfe Irak	0,00	0,00
Veranstaltungen (Teilnahmebeiträge)	27.731,55	47.400,50	Druckkosten	53.060,78	46.146,45
Beiträge Palästinareise	0,00	34.630,00	Kommunikationskosten	76.624,80	79.757,02
Vermächnisse	33.250,02	84.490,00	Mietkosten Geschäftsstelle	99.148,71	90.440,75
Sachspenden	0,00	5.150,00	Reisekosten	81.932,83	70.401,44
sonstige Erträge	0,00	292,95	Palästinareise	0,00	47.986,40
			Recht, Beratung, Abschlussprüfung	25.928,13	11.512,70
			Veranstaltungen	57.145,12	62.235,72
			sonstige Kosten	87.502,44	51.990,58
Mieterträge Haus Stade	11.924,03	11.400,00	Aufwendungen Haus Stade	11.953,45	509,35
Einnahmen Materialverkauf	7.091,19	7.283,50	Aufwendungen Materialverkauf	944,61	0,00
Verbrauch von zweckgeb. Rücklagen	16.472,72	16.251,34	Zuführung zu zweckgeb. Rücklagen	289.894,16	19.291,22
Verbrauch von freien Rücklagen	146.376,11	24.745,26	Zuführung freies Vermögen	33.250,02	84.490,00
Einnahmen gesamt	1.601.237,07	1.313.425,76	Ausgaben gesamt	1.601.237,07	1.313.425,76

Vielen Dank!

Ohne Ihre Unterstützung wäre unsere Arbeit nicht möglich



5.516 Mitglieder haben die IPPNW 2023 mit ihrem Jahresbeitrag unterstützt.

7.250 Menschen haben im Jahr 2023 an die IPPNW gespendet – viele Mitglieder zusätzlich zu ihren Jahresbeiträgen.

5.859 Menschen haben uns bei Facebook abonniert (Stand April 2024).

10.980 Menschen folgen uns auf X.com (ehemals Twitter / Stand April 2024).

2.100 Menschen folgen uns auf Instagram (Stand April 2024).

1.726 Menschen haben die Fukushima-Tschernobyl-Anzeige 2023 mit ihrer Unterschrift und einer Spende unterstützt.

2.780 Menschen haben den IPPNW-Newsletter abonniert und informieren sich regelmäßig über unsere Arbeit.

2.100 Menschen haben den Atomenergie-Newsletter abonniert.

750 Menschen haben unsere Pressemitteilungen abonniert.

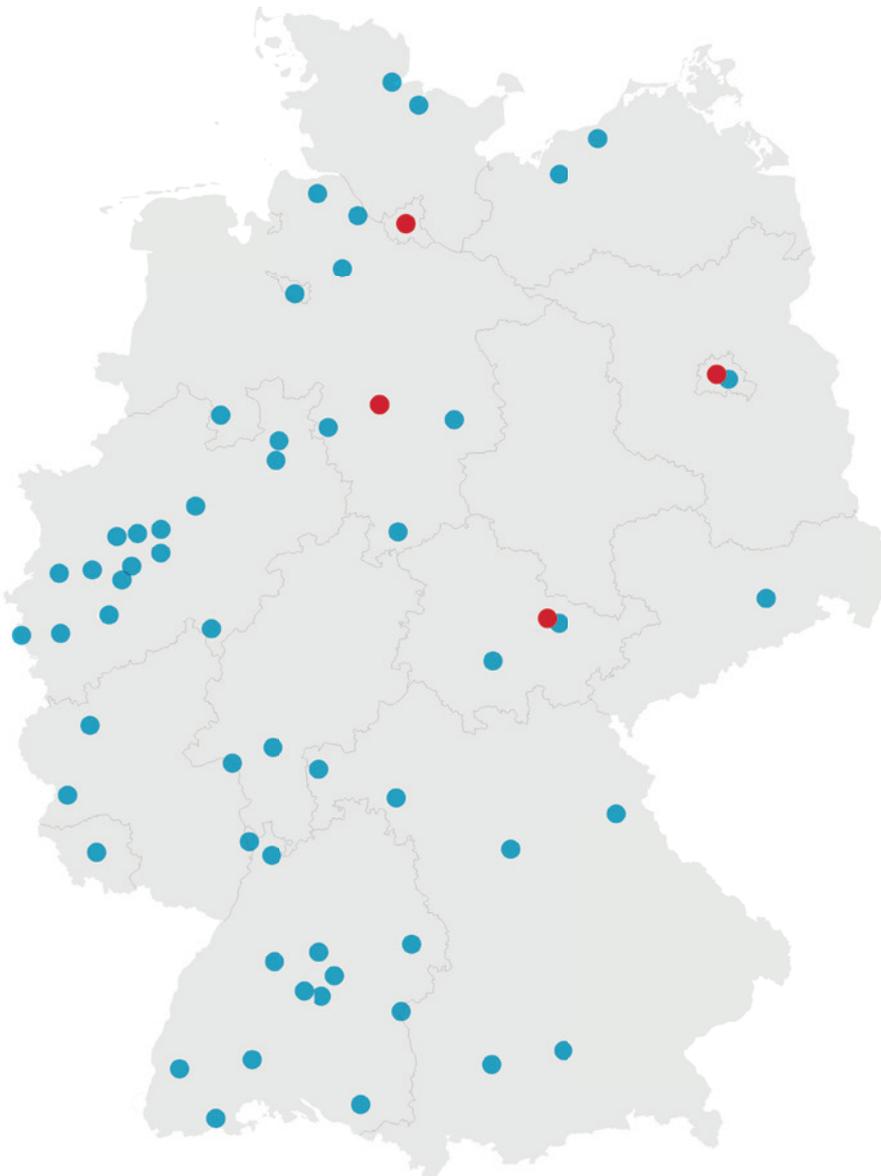
160 Menschen haben am IPPNW-Jahrestreffen in Berlin teilgenommen.

57 Menschen engagieren sich als Ansprechpartner*innen für die IPPNW-Regionalgruppen.

4 IPPNW-Studierendengruppen treffen sich regelmäßig, um sich auszutauschen und Veranstaltungen zu planen.

Überall in Deutschland aktiv

Regional- und Studierendengruppen der IPPNW



Ravensburg
Reutlingen
Rostock
Rotenburg / Wümme
Saarland
Sachsen
Schwarzwald-
Baar-Heuberg
Siegen-Olpe-
Wittgenstein
Solingen
Stade
Stuttgart
Trier
Tübingen
Ulmer Ärzteinitiative
Waldshut
Weiden
Wuppertal
Würzburg
Vulkaneifel

Studigruppen

Berlin
Hamburg
Hannover
Jena

IPPNW-Regionalgruppen

Aachen	Düsseldorf	Hamm / Soest	Mecklenburg- Vorpommern
Aalen	Eckernförde	Heidelberg	Mönchengladbach
Aschaffenburg	Essen	Herford	München
Berlin	Frankfurt	Ilmenau	Nürnberg-Fürth- Erlangen
Bochum	Freiburg	Jena / Gera	Nürtingen
Braunschweig	Gießen / Mittelhessen	Kiel	Oberberg
Bremen	Göttingen	Köln	Osnabrück
Calw	Hadeln-Kehdingen	Landsberg am Lech	Ostwestfalen
Dortmund	Hagen	Mainz-Wiesbaden	
Düren	Hamburg	Mannheim	

Arbeitskreise

AK Atomenergie

engagiert sich für Atomausstieg und Energiewende in Europa, klärt über die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl und Fukushima und die Verbindungen zwischen militärischer und ziviler Nutzung von Atomenergie auf, mischt sich in die Debatten um Energie- und Klimapolitik, den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung ein. **Kontakt:** Dr. Jörg Schmid, joerg-schmid@gmx.net

AK ICAN – atomwaffenfrei

widmet sich dem Gründungsthema der IPPNW: der Verhinderung eines Atom-

krieges durch die Abschaffung aller Atomwaffen. Als Ärzt*innen bringen wir die humanitären Folgen von Atomwaffen in die Debatte und arbeiten eng in der globalen Kampagne ICAN für ein Atomwaffenverbot mit. **Kontakt:**

Juliane Hauschulz, hauschulz@ippnw.de

AK Süd-Nord

ist der nord-süd-friedenspolitische Arbeitskreis der IPPNW. Aufgrund der engen Verflechtungen mit der Ost-West-Dimension hatte er diese schon vor dem jetzigen Ukrainekrieg mit auf die Agenda genommen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Frage nach den Ursachen der existenziellen Krisen unserer Zeit – Krieg und Naturzerstörung – im Gesellschafts-

modell der neoliberalen Globalisierung. Sowie die Frage nach der Rolle der Medien bei der Verschleierung dieser Zusammenhänge und als Kriegstreiber. **Kontakt:** Barbara Schwegler, b.schwegler@posteo.de

AK Geflüchtete & Asyl

tauscht sich über gesundheitliche Aspekte von Migrations- und Asylpolitik und die Arbeit mit Geflüchteten aus, erstellt Materialien und Publikationen, arbeitet aktuell zum Menschenrecht auf Gesundheit und dem Themenkomplex Abschiebungen und Krankheit. Vertretung im Forum Menschenrechte und in der BAG Pro Asyl. **Kontakt:** Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com

Vorstand

Dr. Angelika Claußen
(Co-Vorsitzende),

Ärztin für Psychiatrie/Psychotherapie, Bielefeld

Dr. Lars Pohlmeier (Co-Vorsitzender),

Internist, Bremen

Carlotta Conrad (Schatzmeisterin),
Ärztin, Hamburg

Ralph Urban (Beisitzer)

Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Schwarzenbek

Dr. Christoph Dembowski

Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Rotenburg (Wümme)

Dr. Robin Maitra

Internist und Hausarzt, Ludwigsburg

Ute Rippel-Lau,

Ärztin für Allgemeinmedizin, Hamburg

Dr. Ute Watermann

Ärztin und Journalistin, Berlin

Dr. Helmut Lohrer

(International Councillor),

Arzt für Allgemeinmedizin, Villingen-Schwenningen

Hesam Jozvebayat (stellvertr.

International Councillor),

Medizinstudent, Hamburg

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Chefarzt für Innere Medizin i.R., Frankfurt

Geschäftsstelle

Xanthe Hall, Geschäftsstellenleitung,
xanthe@ippnw.de, 030 698 074-12

Angelika Wilmen, Geschäftsstellenleitung,
wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

Susann Stein, Rainer Kleemann,
Teamassistent, Mitgliederbetreuung,
kleemann@ippnw.de, 030 698 074-16

Judith Groll, Fundraising, Datenadministration, Technik, groll@ippnw.de,
030 698 074-11

Franz-Josef Bayer, Grigory Grebennikov
Versand, Datenbearbeitung, shop@ippnw.de

Isolde Keller, Christoph Neeb, Finanzen /
Mitgliederbetreuung, keller@ippnw.de /
neeb@ippnw.de, 030 698 074-18

Referent*innen:

Anne Jurema, Soziale Verantwortung,
jurema@ippnw.de, 030 698 074-17

Xanthe Hall, Internationales, Atomwaffen,
xanthe@ippnw.de

Juliane Hauschulz, Campaignerin Atomwaffen,
hauschulz@ippnw.de, 030 698 074-12

Patrick Schukalla, Atomenergie und
Energiewende, schukalla@ippnw.de,
030 698 074-20

Angelika Wilmen, Frieden, Fundraising,
wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

Laura Wunder, Frieden und Klima,
wunder@ippnw.de, 030 698 074-19

Öffentlichkeitsarbeit:

Lara-Marie Krauß, Frederic Jage-Bowler
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
krausse@ippnw.de/jagebowler@ippnw.de,
030 698 074-15

Regine Ratke, Samantha Staudte
Assistenz Öffentlichkeitsarbeit, IPPNWforum,
ratke@ippnw.de / staudte@ippnw.de
030 698 074-14

IPPNW Central Office

339 Pleasant Street, Third Floor
Malden, MA 02148-8107, USA
E-Mail: ippnwbos@ippnw.org
www.ippnw.org

IPPNW Europa

www.ippnw.eu
www.ippnw-europe.org

Regionalgruppen im Internet

Aachen: www.ippnw.de/bit/aachen

Bremen: www.ippnw.de/bit/bremen

Dortmund: www.ippnw.de/bit/dortmund

Mönchengladbach-Viersen: www.

ippnw-moenchengladbach-viersen.de

Nürnberg: www.ippnw-nuernberg.de

Ulmer Ärzteinitiative: www.ippnw-ulm.de

Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer
Verantwortung e.V. | **Adresse ab 01.06.:**
Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin

Telefon: 030 698 074-0

Telefax: 030 693 8166

ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Spendenkonto: GLS-Bank

IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01

BIC: GENODEM1GLSER

